

**Zeitschrift:** Die Kette : Schweizerisches Magazin für Drogenfragen  
**Herausgeber:** Die Kette, Dachverband der privaten therapeutischen Einrichtungen in der Drogenhilfe der Region Basel  
**Band:** 15 (1988)  
**Heft:** 3  
  
**Rubrik:** Reflexe

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

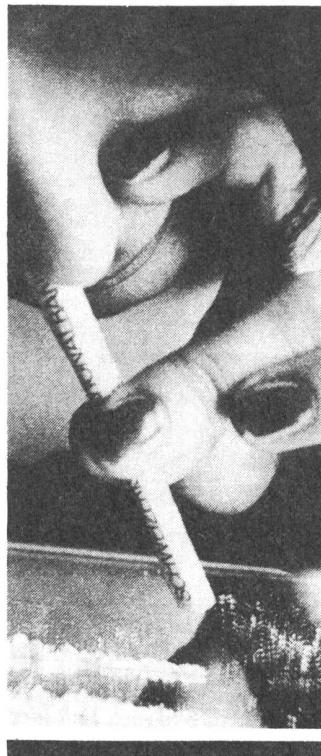
**Download PDF:** 02.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Als „**todsicheres Geschäft**“ im mehrfachen Sinne bezeichnet das Wirtschaftsmagazin *bilanz* den **internationalen Drogenhandel**. Demnach werden mit diesem Geschäft jährlich **500 Milliarden Dollar** umgesetzt – das ist doppelt soviel wie der Wert aller Dollars, die im Umlauf sind. Nach derselben Quelle geben die US-Amerikaner mit rund 100 Milliarden Dollar jährlich zwei Mal soviel aus wie für Erdölprodukte. An gesichts dieser – ungeheuren – Dimensionen erscheinen die Anti-Drogen-Kampagnen von Reagan und seiner Vorgänger als reine Alibi-Übung. Der Grösse des Drogengeschäfts, so dazu bilanz, scheint die amerikanische Politik nicht gewachsen zu sein – woran wohl Einzelerfolge der US-Fahndung kaum etwas zu rütteln vermögen. US-Experten denken deshalb an Kapitulation, und seit Monaten wird in den US-Medien darüber diskutiert, ob es nicht an der Zeit sei, die Konsequenzen aus der Niederlage zu ziehen und die Drogen – auch die harten – zu legalisieren. Dennoch haben Repräsentantenhaus und Senat im vergangenen Mai beschlossen, ab kommendem Jahr im „Krieg gegen die Drogen“ Militär einzusetzen – auch wenn Gegenstimmen dafür plädieren, die Gelder für die damit verbundenen Kosten besser für Vorbeugung und Behandlung von Abhängigen einzusetzen. Derweil kulminierte Reagans Drogenkrieg und seine Nulltoleranz-Politik etwa darin, dass die Polizei im vergangenen Mai eine 2,5-Millionen-Yacht beschlagnahmt hat – weil sie dort den Stummel einer Marihuana-Zigarette fand (*bilanz* 8/88, *Berner Zeitung* 16.5.88, *Basler Zeitung*, 16.5.88).

Massive Zunahme des **Kokainverbrauchs auch bei Heroinabhängigen**, eine steigende Zahl von körperlichen Erkrankungen und der Aids-Patienten sowie die Häufung psychisch und psychosozial geschädigter Abhängiger – das konstatierte **Ambros Uchtenhagen**, Direktor der Sozialpsychiatrischen Dienste der Stadt Zürich, an einer **Medienorientierung des Zürcher Drop-In** im vergangenen Juni. Gewandelt hätten sich damit, so Uchtenhagen, auch die Behandlungsbürfnisse. Gestiegen sei die Nachfrage nach körpermedizinischer Behandlung ebenso wie die Nachfrage nach Methadon. Die direkte Überlebenshilfe gewinne an Bedeutung, sinkend sei dagegen die Nachfrage nach stationären Langzeitbehandlungen in therapeutischen Einrichtungen. Uchtenhagen forderte dabei ein noch breiteres Spektrum an Therapiemöglichkeiten – von Suchtbegleitung, Überlebenshilfen bis hin

zur sozialen und beruflichen Wiedereingliederung. Auf der Wunschliste des Drop-In steht zudem eine Bettenstation für Abhängige, die nicht der Spitalpflege bedürfen, aber zu schwach sind, um auf der Gasse zu leben (*Zürcher Volksrecht* 15.6.88).



Die **Drogenentzugsstation K 2** der psychiatrischen Universitätsklinik Bern hat sich nach einer existenzbedrohenden Krise mit einem erweiterten Konzept eine neue Zukunft gesichert. Zur **Krise** war es im Lauf des Jahres 1987 gekommen, als infolge der liberalisierten Methadonabgabe die Zahl entzugswilliger Abhängiger zurückging und gleichzeitig die Tagestaxen für ausserkantonale Patienten praktisch verdoppelt wurden. Zum **neuen Konzept** gehören Methadonentzüge, in Zusammenarbeit mit dem Frauenspital Entzüge für schwangere Abhängige, Entzüge für Strafgefangene sowie solche für Paare, die den Entzug gemeinsam machen möchten. Gleichzeitig prüft die zuständige Gesundheitsdirektion Wege, über Verhandlungen mit verschiedenen Kantonen die Tarife für ausserkantonale Patienten wieder zu senken. Es sei eine Tatsache, stellt in diesem Zusammenhang Joachim Nelles, neu Oberarzt an der K 2, fest, dass nach rund einem Jahr die meisten Umsteiger auch aus dem Methadon aussteigen möchten. Hier setzt das neue Kon-

zept, das Methadonentzüge vorsieht, ein (*Berner Zeitung* 25.5.88, *Bund* 21.7.88).

Die liberalisierten Methadonrichtlinien haben auch die Arbeit des **Sozialdienstes der Zürcher Kantonalen Justizdirektion** verändert. Der erleichterte Zugang zu Methadon halte auch viele Drogenabhängige, die nicht mit Aids infiziert sind, von der Langzeitbehandlung in der stationären Therapie ab. Das schreibt Juszip direktorin Hedi Lang im Vorwort zum Jahresbericht des Sozialdienstes. Das Team des Sozialdienstes begrüsst dennoch die freizügigere Methadonregelung als „faktischen Schritt in Richtung Entkriminalisierung der Drogenabhängigen“. Nach dem Bericht haben im zweiten Halbjahr 1987 18 straffällige Drogenabhängige, die vom Sozialdienst der Justizdirektion betreut wurden, einen stationären Massnahmenvollzug angetreten. Vergleichsweise waren es im ersten Halbjahr 1986 noch 52 (*Tagesanzeiger* 10.6.88).

Nach siebzehnmonatiger Schliessung wegen Drogenproblemen ist in Bern im vergangenen Mai die **Münsterplattform** – ein Park mit herrlicher Aussicht auf die Aare hinter dem Münster – in aller Stille wieder eröffnet worden (und wird ab Mitte Oktober über Winter saisonbedingt geschlossen). Nach einer einmonatigen Denk- und Ruhepause hat auch das Berner **Gassenzimmer mit Fixerraum** an der **Münsterstrasse**, ganz in der Nähe der Plattform, seinen Betrieb wieder aufgenommen. Geöffnet ist diese Anlaufstelle mit Cafeteria jeweils an fünf

Wochentagen von 19-22 Uhr. Infolge Überlastung des Betriebes an der Münsterstrasse wird jetzt nach einem Standort für eine zweite Anlaufstelle gesucht (*Berner Zeitung*, 26.5.88 und 2.7.88).

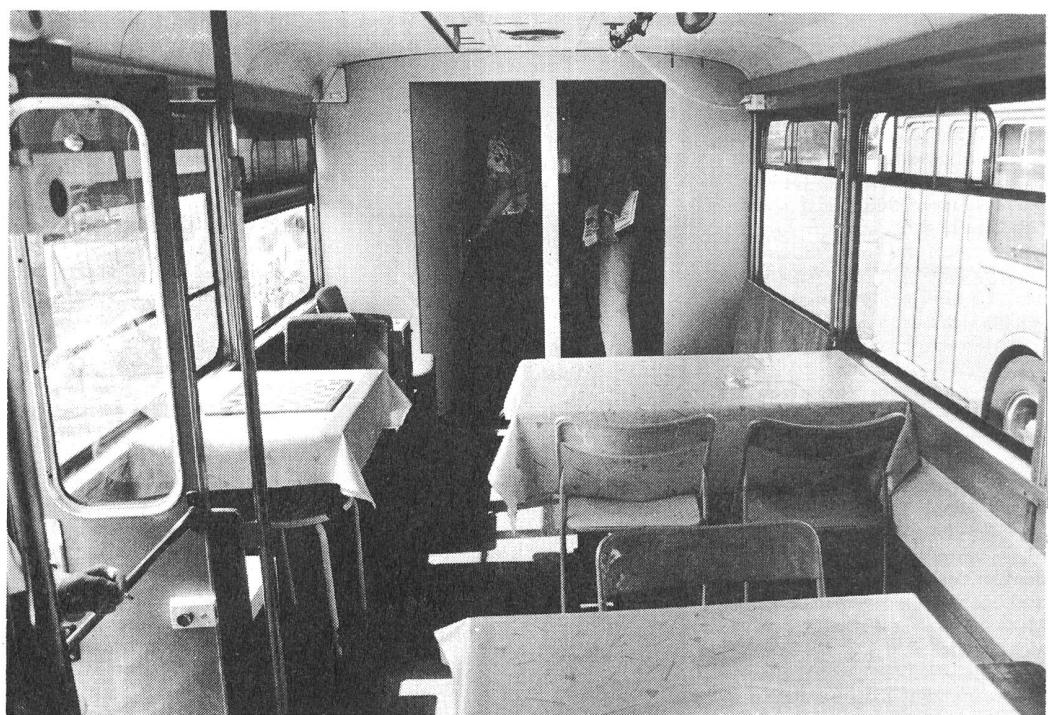
Der Kanton **Baselland** hat nun offensichtlich die **Konzeption für eine neue Aids- und Drogenberatung** im Kantonshauptort Liestal doch noch **geändert** – wenn auch nicht explizit – nachdem ein erster Konzeptentwurf reihum auf massiven Widerstand gestossen ist – wobei die damit verbundenen Konflikte den designierten Leiter, den Psychiater René Renggli, zum vorzeitigen Rücktritt noch vor Stellenantritt geführt haben. Der nun vorgesehene Leiter der Stelle, der Psychiater Urs Hafner, bisher in leitender Funktion bei den Externen psychiatrischen Diensten des Kantons, hat nun mehr Spielraum bei der Konzeption. Vorgesehen ist jetzt, die Betreuung nicht drogenabhängiger aidsbetroffener Menschen von der Drogenberatung abzukoppeln; dazu erhält die Aids-Hilfe beider Basel Subventionen zwecks Einrichtung einer entsprechenden Halbtagesstelle. Urs Hafner rückt seinerseits in einem neuen Konzeptentwurf vom Bild der reinen Drogenberatung ab zugunsten einer Struktur, die „Suchtberatung als Teilgebiet der Sozialpsychiatrie“ versteht. Das Konzept sieht dabei eine übergreifende Zusammenarbeit im familiären und sozialen Umfeld sowie mit angrenzenden und verwandten Einrichtungen psychiatrischer und sozialer Hilfe vor.



eine kantonseigene Entzugsstation oder ambulante, sozial-medizinisch orientierte Betreuungsstellen. Von direkten gassennahen Hilfen, etwa einem Gassenzimmer, ist im Bericht kaum die Rede. Die therapeutischen Einrichtungen werden dazu aufgefordert, ihre Angebote kurzfristig zu überprüfen und mittelfristig den veränderten Bedürfnissen anzupassen.

**Spanische Mütter kämpfen** gegen Drogen und Politiker, die nichts dagegen unternehmen – um ihre Kinder, die zunehmend ab zwölftem Altersjahr in den Kreislauf der Sucht geraten. Dies berichtet Werner Herzog aus Madrid in einem Beitrag in der Basler Zeitung (1.3.88). Danach gibt es in einem einzigen der Madrider Arbeiterquartiere mit 140'000 Einwohnern und rund 40% Arbeitslosigkeit über 1000 Heroin- und Kokainsüchtige, wobei deren Durchschnittsalter 16 Jahre beträgt. Pilar Perez, eine Mutter mit drei drogensüchtigen Kindern, wovon eines im Gefängnis, führt eine Gruppe von Müttern an, die gegen die Regierungspolitik protestieren und statt mehr Polizei mehr Schulen und Arbeit für ihre Kinder fordern; 5000 Mütter und Drogenopfer aus verschiedenen Provinzen haben im vergangenen Februar an einer Demonstration in Madrid diese Forderungen unterstrichen. In den betroffenen Quartieren haben derweil Anwohner Bürgerwehren zusammengestellt, um sich gegen den Terror von Drogenhandel und Delinquenz zu wehren. Die Polizei, die zum Teil mit Drogenverkäufern unter einer Decke steckt, schaut offensichtlich weitgehend zu.

Nachdem die in Zürich geplanten **dezentralen Anlaufstellen** für Drogenabhängige auf massiven Widerstand in den betroffenen Quartieren gestossen sind und es in der Folge zu Rekursen gegen die Baueingaben für die vorgesehenen Baracken gekommen ist, hat sich die Betriebsaufnahme dieser Projekte bisher verzögert. Nun hat das Zürcher Sozialamt eine **listige Lösung** gefunden: um nicht warten zu müssen, bis die Standortfragen definitiv geregelt sind, haben mobile Anlaufstellen zu Beginn des Monats August ihren Betrieb aufgenommen. Seitdem dienen drei von den Zürcher Verkehrsbetrieben ausrangierte, grün gespritzte und umgebauete



Blick in einen Zürcher-Drogen-Bus.

Trolleybusse als Treffpunkte und Aufenthaltsorte für Drogenabhängige und Obdachlose, die dort akzeptiert sind und zur Ruhe kommen können. Drogenkonsum ist in den Anlaufstellen untersagt; denn angesichts der Opposition in der Bevölkerung wird es in Zürich weiterhin keine Fixerräume geben, wie CVP-Gemeinderat Werner Sieber an einer Podiumsdiskussion mit Bestimmtheit erklärte (Zürcher Volksrecht 29.7.88).

Gegen den Widerstand der Justiz ist der **St. Galler Stadtrat** entschlossen, einen **geschützten Fixerraum** zu eröffnen. Bei dem Fixerraum handelt es sich um ein zeitlich befristetes Projekt mit medizinischer Betreuung, mit dem Erfahrungen in der Aids-Prävention gesammelt und eine Zersplitterung der Drogenszene verhindert werden soll. Für die Durchführung des Projekts muss allerdings noch eine gesetzeskonforme Lösung gefunden werden. Seit dem vergangenen Frühjahr war es auch in St. Gallen zu verschärften Aktionen und Repressionen der Polizei gegen Drogenabhängige gekommen und entsprechend zu Protesten von Sozialarbeiter/innen gegen diese Massnahmen (St. Galler Tagblatt 14.6.88, Basler Zeitung 16.8.88).

**Um 1872 Personen** auf insgesamt 11 186 Menschen oder um **20%** angestiegen ist die Zahl der an **Aids Erkrankten** in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft

(EG) – dies in den ersten drei Monaten des Jahres 1988 (Zahlen wahrscheinlich kumulativ, keine diesbezüglichen Angaben). An einer Aids-Konferenz in Stockholm im vergangenen Juni sprachen deshalb Aids-Experten von einem Gesamtbild, das noch erschreckender sei als bisher angenommen. Einig waren sich die Konferenzteilnehmer dabei in drei Punkten: erstens müsse die Forschung und Forschungszusammenarbeit intensiviert werden; zweitens müsse das Sexualverhalten individuell wie gesamtgesellschaftlich, auf der Nord- wie auf der Südhalbkugel, geändert werden; und drittens gelte es, Aids-Kranke nicht zu isolieren – sie brauchen unsere Solidarität. Auf derselben Konferenz bezeichneten Forscher Aids als die „Epidemie der Armen“. Die Krankheit verbreite sich zunehmend in den unterprivilegierten Schichten. In den USA etwa stammen 40% der Aids-Kranken aus ethnischen Minderheiten, die nur 19% der Bevölkerung ausmachen. Den Grund dafür sehen die Forscher in der schlechteren Ausbildung und schlechteren ökonomischen Verhältnissen der Betroffenen (Basler Zeitung 31.5.88, 13.6.88, 14.6.88).

In der Reihe verschiedener deutschschweizer Kantone ist auch der **Kanton Solothurn** dabei, neue Ansätze zu einer **veränderten Drogenpolitik** zu finden (vgl. dazu die Kette 4/88: Kurswechsel in der Drogenpolitik). Dies geht aus ei-